

Ri

Vertraulich/Confidentiel

3003 Bern, 19. Juli 1991

KOMMISSION DES NATIONALRATES  
Kommission für auswärtige Angelegenheiten

---

PROTOKOLL der Sitzung vom 21. Juni 1991  
11.00 - 12.30 Uhr  
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 87

TAGESORDNUNG

1. EWR-Verhandlungen
2. Verschiedenes

TEILNEHMER Präsidium: Bundi

Anwesende Mitglieder: Auer, Bär, Bäumlin Ursula, Cevey, Mühlemann, Petitpierre, Portmann, Revaclier, Segmüller

Entschuldigt: Bircher Silvio, Burckhardt, Dietrich, Euler, Frey Walter, Grassi, Grendelmeier, Loretan, Rohrbasser, Rychen, Wyss Paul, Zbinden Paul, Ziegler

Weitere Teilnehmer:

Bundesrat René Felber, Vorsteher des EDA  
Rudolf Schaller, Generalsekretär  
Jakob Kellenberger, Chef des Integrationsbüros

Kommissionssekretariat: Brigitte Pitteloud

Protokoll: Irène Fischer (d), Claude-Josée Bütikofer (f)

Der Präsident eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden. Er erläutert den Zweck der Sitzung:

1. Möglichkeit, Fragen an Bundesrat Felber zu stellen
2. Diskussion der Frage, ob die Kommission in den Meinungsbildungsprozess des Bundesrates einbezogen werden soll, sofern der Bundesrat erwägen sollte, den EWR-Vertrag nicht zu unterzeichnen
3. Diskussion der Frage, ob die Kommission eine Stellungnahme zum EWR verabschieden soll. Ein Entwurf liegt vor und wurde an die Mitglieder der Kommission verteilt.

Der Präsident eröffnet die Diskussion.

Mühlemann: Wir sind alle etwas besorgt gewesen über die Entwicklung der letzten Zeit, dies nicht so sehr an der aussenpolitischen Front als an der innenpolitischen. Die Tatsache, dass man aus dem Bundesrat selber den Eindruck gewonnen hat, dass keine Einigkeit besteht, ist bedauerlich. Ich begrüsse die Resolution, die der Präsident hier vorschlägt. Sie dient primär zur Stützung des Bundesrates, den Kräften im Bundesrat, die konstruktiv an das Problem herangehen. Sie dient aber auch einer gewissen Klärung in der schweizerischen Oeffentlichkeit angesichts der vielen desinformierenden Stellungnahmen. Ich habe festgestellt, dass die Bevölkerung aussergewöhnlich interessiert ist, aussergewöhnlich ruhig und abgeklärt diese Fragen betrachtet und durchaus für einen vernünftigen EWR-Vertrag zu haben wäre. Ich würde höchstens vorschlagen, dass wir den Passus "Die AAK ermuntert den Bundesrat, den eingeschlagenen Weg fortzuschreiten" an den Anfang oder den Schluss nehmen.

Frau Segmüller: Wir haben gestern die Antworten des Bundesrates auf die Interpellationen gehört. Wir haben diese Interpellationen ja gestartet in der Annahme, dass die Situation bei der Beantwortung geklärt wäre als sie jetzt ist. Ich erachte die Lage jetzt als keineswegs klar, insbesondere wegen des Transitproblems, das nun die ganze Angelegenheit sehr schwer belastet. Von daher gesehen und mit Blick auf die schlechte Beteiligung heute sehe ich mich ganz prinzipiell nicht in der Lage, heute eine Resolution zu unterstützen. Die Meinung, ob man den EWR-Vertrag zur Unterzeichnung empfehlen soll oder nicht, ist noch nicht gefestigt. Mit diesem Text würde man eine Stellungnahme vorwegnehmen, bevor man das Resultat kennt. Der Zeitpunkt ist ausserordentlich ungünstig, um jetzt Resolutionen irgendwelcher Art abzugeben.

M. Cevey: Je déplore qu'une partie importante de notre commission, représentant un courant d'opinion qui doit pouvoir se manifester, ne soit que très faiblement représenté. Je regrette que le texte du projet de résolution soit présenté au dernier moment et sans traduction.

L'intention des auteurs de ce projet n'est pas celui de dire que le Traité est bon et que nous allons soutenir le Conseil fédéral et l'approuver. Vous avez certes voulu interpréter notre volonté de voir le Conseil fédéral poursuivre la négociation jusqu'au bout, essayer d'obtenir satisfaction sur les points délicats du côté helvétique et entrer ensuite dans la procédure de décision. Je serai d'accord avec une résolution de soutien au Conseil fédéral qui devrait, comme il l'a indiqué, aller jusqu'au bout des négociations.

Le jeu a été faussé par une certaine attitude adoptée par une partie de la presse. Pour des raisons d'ordre commercial et de goût de la sensation et sans connaître le contenu véritable du Traité, certains ont pris des positions massives contre l'EEE parce qu'ils étaient pour l'adhésion ou parce qu'il n'en voulait rien. Il s'agirait d'éviter de telles attitudes. Au sein du Parlement, ces faits ont déclenché une prise de position illogique de certains parlementaires. Il est du devoir de notre commission d'exiger que l'exercice soit poursuivi jusqu'au bout.

Präsident: Diesen Text konnte man erst nach der gestrigen Antwort der beiden Bundesräte redigieren. Es war nicht mehr möglich, ihn übersetzen zu lassen. Ich bin der Ansicht, nur irgendeine Erklärung abzugeben, in der wir sagen, wir sind dafür, dass der Bundesrat weiterverhandelt und wir unterstützen ihn in seinem Kurs, sagt nichts aus.

Portmann: Der Resolutionstext schlägt vor, dass die Kommission "hoffen" solle, dass beim Vetorecht und bei der Vorbereitung der Rechtserlasse befriedigende Lösungen zustande kämen. Nun hat uns der Bundesrat schon schriftlich orientiert, dass die EG sich nichts von ihrer Autonomie bei der Gesetzgebung abhandeln lasse. Gestern hat uns Herr Bundesrat Felber erklärt, es herrsche in dieser Frage ein Ungleichgewicht, das nicht zu ändern sei, immerhin sei ein gewisses Konsultationsrecht in den Kommissionen gewährleistet. Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, wenn unsere Kommission hier Hoffnungen ausspricht. Die Weichen sind gestellt und die Möglichkeiten abschätzbar. Sie werden sich nicht zu unsern Gunsten vergrössern. Die Frage des Transitabkommens: Mir scheint, dass wir hier etwas zu burschikos vorgehen, wenn wir mitteilen, wir liessen uns in dieser Sache nicht erpressen. Bezüglich des dritten Punktes (Zusammenhang EWR- und Verhandlungen um Alpen transit) sollte die Kommission nichts mehr sagen. Von Herrn Bundesrat Felber hätte ich gerne gewusst, ob es beispielsweise im Landwirtschaftsbereich Sinn macht, gegen diese Evolutivklausel, die auch noch nicht geklärt ist, anzurennen und zu hoffen, man werde das mit uns bilateral abmachen. Wenn die EFTA schliesslich nur noch aus der Schweiz und Liechtenstein besteht, stehen wir allein im GATT, ohne Freunde in der EG im Landwirtschaftsbereich. Ich habe auch nicht verstanden, weshalb Herr Bundesrat Felber gestern betont hat, der EWR-Vertragsentwurf müsse ausser dem europäischen Parlament auch noch dem europäischen Gerichtshof zur Prüfung unterbreitet werden.

M. Petitpierre: Il s'agit de connaître le but d'une telle déclaration. A mon avis, le but est d'ordre politique interne et ne peut pas influencer ou porter préjudice à la négociation. Si tel est véritablement le but, je peux m'y rallier.

Les derniers discours de MM. Delamuraz et Felber avaient quelque chose de positif qu'il vaut la peine d'exploiter dans le domaine de la politique intérieure. Nous pouvons aussi exprimer au Conseil fédéral notre confiance et notre appui. J'enlèverai, dans le premier alinéa, la partie indiquant que nous sommes convaincus qu'il s'agit d'une phase très importante et l'expression "Annäherung der Schweiz an Europa" (notion abusive du terme Europe au sens de la Communauté).

Au 2ème tiret, on entre dans une politique d'information extrêmement redoutable en mentionnant le droit de veto. Ce dernier étant très difficile à exercer, on risque de devoir l'abandonner.

A l'alinéa suivant, je ne ferai pas de lien entre les poids lourds de 28 tonnes et les autres en faisant tout simplement confiance au Conseil fédéral, responsable des négociations.

Quant aux instructions relatives à la signature, il faut laisser au Conseil fédéral le soin de répartir les tâches.

Il ne me paraît pas inutile d'avoir une brève déclaration de la commission à usage interne et à toutes fins utiles avant la campagne qui précédera la votation populaire.

Auer: Ich finde es richtig, dass die Kommission eine Stellungnahme - nicht eine Resolution - abgibt. Es ist betont worden, das Parlament müsse in der Aussenpolitik eine grössere Rolle spielen. Wir haben erkannt, dass das Problem immer mehr ein innenpolitisches wird. Da wünscht der Bürger zu wissen, was das Parlament denkt. Ich bin der Meinung, dass wir diese Frage überparteilich anpacken sollten. Ich hätte den Wunsch an den Bundesrat, dass man den EWR-Vertrag nicht als Uebergangslösung bezeichnet. Damit verunsichert man das Volk, und wir wissen nicht, was nach dieser Uebergangsfrist sein wird. Das Informationsbedürfnis ist sehr gross. Die Leute haben grösstenteils keine Meinung. 10% sind dagegen, 10% dafür und ungefähr 80% wissen es nicht. Das Wort "Paraphierung" und dass der Bundesrat dann nein sagt, begreift das Volk nicht. Wenn paraphiert wird, muss der Bundesrat zum EWR stehen. Dann wäre noch der Wunsch, dass der Bundesrat geschlossener auftreten sollte. Wir sollten den Bundesrat jetzt unterstützen. Wir sollten nicht dezidiert zu einzelnen Punkten Stellung nehmen, sondern der Hoffnung oder Erwartungen Ausdruck geben. Das Ziel dieser Stellungnahme ist ein innenpolitisches, damit das Volk weiss, dass die Parlamentarier sich damit beschäftigen.

Präsident: Bezüglich Paraphierung verweise ich auf den zweitletzten Absatz des Textes. Dieser erscheint mir einer der wichtigsten Punkte der Stellungnahme. Sie können es natürlich den Wirtschaftsgruppen überlassen, den Bundesrat zu beeinflussen. Unsere Kommission, die zuständig ist und etwas Substantielles aussagen sollte im Hinblick auf das, was der Bundesrat in nächster Zeit tun sollte, sollte nicht passiv bleiben.

Frau Bär: Ich bin im jetzigen Zeitpunkt gegen eine Resolution dieses Inhaltes, gerade wegen des zweitletzten Abschnittes, der viel weiter geht als die Erklärungen der Bundesräte Felber und Delamuraz gestern. Ich möchte nicht, dass wir, ohne den genauen Inhalt zu kennen, den Bundesrat auffordern, auf jeden Fall bei der Paraphierung zu erklären, der Vertrag würde auch unterzeichnet. Ich möchte den Bundesrat unterstützen in seiner Haltung, beim Transitabkommen hart zu bleiben und keine weiteren Einbrüche bei der 28 t-Limite zuzulassen. Der Bundesrat muss zudem mit einer Stimme sprechen. Zu diesen beiden Punkten muss die Kommission Stellung nehmen. Zum Transitabkommen braucht es auch innenpolitisch gegenüber der Bevölkerung ein Signal, dass wir da hart bleiben sollten. Ich weigere mich, Europa zu reduzieren auf EWR bzw. EG.

M. Petitpierre: Il me semble impossible que le Parlement puisse aller contre la volonté du Conseil fédéral et être saisi d'un Traité que le Conseil fédéral ne veut pas signer. Il s'agit là d'un problème de la philosophie générale de la politique étrangère.

Quant à la notion de "gleichzeitig mit der Paraphierung...", pour suivre le président et pour que notre commission fasse quelque chose d'utile, il me semble qu'il faut qu'elle laisse au Conseil fédéral toute liberté d'action et que, le cas échéant, elle donne son avis lorsque le contenu du Traité sera connu. À mon avis, cette manière de procéder ne servirait pas à renforcer notre contribution mais à en abandonner une partie.

Bäumlin Ursula: Bis jetzt fand ich den Absatz 5 das Wichtigste der ganzen Resolution, weniger aus einem inhaltlichen, als aus einem zeitlichen Grunde. Das Problem, das wir haben, ist, dass bis heute praktisch keine echte Debatte möglich war. Deswegen bin ich daran interessiert, dass bald einmal eine echte Debatte, die eine aufklärende Wirkung nach aussen hat und auch zeigt, wo die Parteien stehen, stattfindet. Nach dem Votum von Herrn Petit pierre bin ich etwas aus dem Konzept geworfen. Wenn der zeitliche Faktor der wesentlichste ist, dann würde ich den Abschnitt doch aufrecht erhalten. Vielleicht kann man ihn noch abändern. Es würde gar nicht verstanden, wenn der Bundesrat paraphieren würde und es wäre doch nichts Entscheidendes geschehen. Deshalb hänge ich am Absatz 5. Nach der Debatte über die Parlamentsreform hätte ich eine Stellungnahme der Kommission äusserst begrüsst. Betreffend Annäherung an Europa habe ich bereits dem Präsidenten vorgeschlagen, dass wir dort sagen sollten, was passiert. Es ist die wirtschaftliche und politische Integration der Schweiz in Europa. Betreffend Absatz 3 bin ich sehr dafür, dass wir uns da äussern.

Frau Segmüller: Unsere Kommission besteht aus 23 Mitgliedern. Anwesend sind jetzt 10. An sich haben wir das absolute Mehr nicht. Die Meinungen gehen auseinander. Ich stimme keiner Stellungnahme zu, ich finde es nicht opportun. Der Ständerat und der Nationalrat haben nicht umsonst auf Diskussion verzichtet. Dass der Bundesrat nach Salzburg gehen soll und paraphieren soll, scheint mir ein Muss, rein schon von den diplomatischen Gepflogenheiten her. Daneben muss die Stellungnahme des Bundesrates frei bleiben. Paraphieren heisst doch, die Verhandlungen sind abgeschlossen. Wir sollten doch nicht das Paraphieren mit dem Unterzeichnen verwechseln. Wenn eine Stellungnahme partout gewünscht wird - und sie wird ja offenbar nur von einer Partei hier gewünscht - dann ist offen, dass sie eine Fraktionserklärung oder eine Parteicommuniqué macht.

Präsident: Auch wenn nicht die ganze Kommission anwesend ist, sind die Anwesenden beschlussfähig. Es geht um die Gefahr der Verzögerungen und dass man Unsicherheiten im Raume stehen lässt. Die Gefahr ist, dass der Bundesrat zwar die Paraphierung gutheisst, dass man dann aber geraume Zeit verstreichen lässt, ohne dass sich etwas entscheidet. Das bringt Unsicherheit in der Bevölkerung mit sich. Da hätten wir ein Zeichen setzen können.

Mühlemann: Ich bedaure die Intervention von Frau Segmüller sehr, weil es uns doch bis jetzt in dieser Kommission gelungen ist, jenseits aller Parteigrenzen zum Wohle des Landes mit dem Bundesrat zusammenzuarbeiten und nach aussen auch vernünftige Vorschläge zu machen. Wenn von allen Seiten Leute, die irgendwelche Sonderinteressen vertreten, auf den Bundesrat einreden, bis völlige Konfusion herrscht, dann haben wir doch noch das Recht, unsere Meinung zu äussern. Wenn wir uns schon in der Parlamentsreform bemühen, mehr in der Aussenpolitik tätig zu sein, könnten wir hier den Bundesrat in seinen Bestrebungen unterstützen, ohne dass wir uns etwas vergeben.

**M. Cevey:** Ce n'est pas la faute des radicaux si aujourd'hui, ils sont les seuls à être représentés en nombre suffisant. On ne va pas nous reprocher d'avoir assisté à une séance à laquelle tous étaient d'accord d'assister lorsqu'elle a été fixée. On l'a jugée indispensable, sachant que quelque chose que nous devons savoir se passerait à Luxembourg. Il est aujourd'hui du devoir de notre commission de prendre acte des aspects positifs énoncés devant les Chambres et de nous prononcer quant à la poursuite des négociations.

**Frau Bär:** Ich möchte noch einmal präzisieren, weshalb ich mich so vehement gegen den Absatz 5 gewendet habe. Ich bin dafür, dass der Bundesrat gleichzeitig mit der Paraphierung eine Erklärung abgibt zuhanden der Öffentlichkeit. Ich wende mich aber dagegen, dass die Kommission den Bundesrat heute auffordert, dannzumal eine positive Stellungnahme abzugeben und zu sagen, er sei bereit, zu unterzeichnen. Man kann den Bundesrat auffordern, dannzumal klar Stellung zu beziehen.

**Portmann:** Weil wir wissen, was das Veto- und das Konsultationsrecht, das wir haben, ist, und weil uns der Bundesrat orientiert hat, dass hier ausgehandelt ist, scheint es mir nicht redlich, in einem Communiqué der Hoffnung Ausdruck zu geben, der Bundesrat könne hier weiterverhandeln.

**M. Felber, conseiller fédéral:** A mon avis, nous sommes arrivés dans une situation délicate par notre propre faute à tous. A force d'avoir voulu exposer publiquement - tant nous que vous, que la presse - des éléments de cette négociation en sortant du contexte général qui est politique, nous avons fortement compliqué les affaires. Nous avons provoqué plus de questions que nous n'avons pu apporter de réponses. Je suis persuadé qu'un débat tenu hier au Conseil national ne m'aurait pas permis de tirer de conclusions. Ceux qui voulaient se prononcer de manière positive ne voulaient intervenir que sur des questions de détails. C'est là la grande difficulté actuelle.

La prochaine réunion de Salzbourg n'aboutira pas à un paraphe; elle sera d'ordre plus technique encore que celle de Luxembourg. La commission responsable des questions en suspens a déjà repris ses travaux; le président du Conseil de la Communauté a clairement dit: nous ne sommes pas prêts.

Le Conseil fédéral fait l'objet d'une pression constante des médias. Or, nous avons toujours déclaré que nous irions jusqu'au bout de la négociation. Ensuite seulement, nous évaluons les avantages et les inconvénients et nous jugerons la nécessité politique de nous rallier au Traité ou au contraire, de le refuser. Prendre une position avant la fin des négociations, ce serait annoncer que nous accepterons le Traité alors que nous ne le savons pas ou faire savoir que nous nous retirons de la négociation parce que, sur tel ou tel point nous n'avons pas obtenu satisfaction.

En Europe, nous sommes un des seuls pays à prendre nos vacances en juillet plutôt qu'en août. Plus personne ne travaillera donc au mois d'août. Les négociations devraient donc se terminer dans le courant du mois de juillet - elles pourraient pourtant durer jusqu'en septembre. Nous ne saurions donc pas nous prononcer quant à la date du paraphe.

Quant à une déclaration du Conseil fédéral en même temps que le paraphe, il y a lieu de préciser que le paraphe est un inventaire de la négociation, un acte juridique qui est normalement laissé aux négociateurs (et non pas aux ministres) et qui précise que tout ce qui figure dans le texte du Traité a bel et bien été décidé ainsi (que nous soyons d'accord ou pas). Ensuite, le Traité doit être signé. La distance entre le paraphe et la signature est importante. Ne pas parapher le Traité signifie que nous ne réfléchissons même plus sur sa signature. Le parapher et dire que nous allons le signer, c'est dire que nous n'avons pas plus réfléchi sur son contenu. Pour nous, il est nécessaire d'avoir un espace. Le Conseil fédéral doit pouvoir consacrer plusieurs heures à discuter le Traité pour en prévoir les suites à l'échelon de la politique intérieure tout comme en ce qui concerne les avantages et les inconvénients dans nos relations avec l'Europe.

Actuellement, la Communauté précise qu'elle ne signera rien avant d'avoir terminé les négociations sur le transit, et nous y ajoutons que nous ne signerons pas si la partie relative aux transports est biffée du Traité.

(à M. Portmann) quant à savoir pourquoi le Traité doit être soumis à la Cour de justice: Le Parlement doit le ratifier avec une majorité des deux tiers. La Cour de justice fonctionne comme une Cour constitutionnelle. Elle ne se prononce pas sur le fonds, elle doit vérifier que toutes les dispositions du Traité soient conformes au Traité de Rome.

Je vous remercie de bien vouloir nous accorder votre soutien dont nous avons besoin. Les discussions avec les commissions compétentes nous ont été utiles dans nos entretiens devant le Conseil fédéral. A vrai dire, les négociations au sommet sont des fausses négociations: ou bien on est enfermé dans des discussions de détails que seuls les négociateurs connaissent, ou bien on nous arrache des déclarations de principe sur l'avenir alors que pendant des heures, nous discutons entre nous avant que les présidents terminent leurs séances.

Der Präsident verdankt die Ausführungen von Herrn Bundesrat Felber. Es wird zur Diskussion gestellt, ob die Kommission grundsätzlich eine Stellungnahme abgeben solle.

**M. Petitpierre** propose le texte suivant: reprendre la première phrase, puis "la commission se félicite de l'évolution récente des négociations (notamment sur la consultation et le droit de ne pas souscrire à l'évolution future des engagements demandés aux pays de l'AELE). La commission salue la volonté déjà clairement exprimée par le Conseil fédéral de mener des négociations jusqu'au bout, avant toute décision sur le fonds. Elle approuve les positions affirmées par le Conseil fédéral, lui exprime sa confiance pour la suite des négociations."

**M. Cevey:** Pour bien clarifier notre position, je propose le préambule suivant: "La Commission des affaires étrangères du Conseil national s'est occupée ce vendredi, après la clôture de la session, de l'état des négociations concernant le Traité de l'EEE, à la lumière des exposés présentés dans les deux Chambres par MM. Delamuraz et Felber et des renseignements complémentaires qu'elle a reçus du chef du Département fédéral des affaires étrangères." Ensuite, version de M. Petitpierre ou alors: "Elle a pris acte des progrès réalisés dans ces négociations et de l'espoir exprimé par le Conseil fédéral de voir celles-ci aboutir à un Traité acceptable dans le cours de l'été. Elle souhaite que nos représentants mettent tout en oeuvre pour obtenir gain de cause dans certaines questions encore ouvertes. Elle est consciente que le Conseil fédéral ne pourra se prononcer sur la signature du Traité que lorsque les négociations seront terminées et qu'il aura en main toutes les pièces du dossier. Elle souhaite que le même souci anime l'ensemble de l'opinion publique et que l'on s'efforce de ne pas prendre de position définitive avant de connaître tous les résultats de ces négociations."

**Frau Segmüller:** Was wir nun gehört haben ist kaum mehr eine Stellungnahme, sondern eine Pressemitteilung. Herr Bundesrat Felber sagt: "un appui est utile", mais cet appui, vous l'avez ici. Si je n'énonce pas de prise de position quant à l'EEE, c'est pour ne rien déranger et pas pour empêcher quelque chose. D'autre part, vous dites qu'une déclaration "ne nous dérange pas". Je ne veux pas faire quelque chose qui ne vous dérange pas, il faudrait faire quelque chose qui soit utile.

**Bäumlin Ursula:** Der Vorschlag der Herren Petitpierre und Cevey erscheint mir zu wenig weit gehend. So haben wir überhaupt nichts zu sagen.

**Präsident:** Wenn Sie eine so neutrale Stellungnahme abgeben, müssen wir gewärtigen, dass die Presse dies überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt.



**M. Felber, conseiller fédéral:** Ce qui pourrait nous déranger, c'est un communiqué, une prise de position ou une résolution de votre commission qui fixerait des règles qui ne correspondraient pas aux règles constitutionnelles et légales. Par exemple, nous obliger de dire ce que nous voulons au moment de parapher. Si une telle résolution est publiée, le Conseil fédéral n'en tiendra pas compte puisqu'il continuera à utiliser ses compétences. Or ces dernières ne peuvent pas faire l'objet d'une déclaration faite par une commission.

De plus, et il s'agit d'un risque plutôt que d'un dérangement, c'est le fait de fixer dans une déclaration, une résolution ou un communiqué des règles qui sont des lignes de négociation tellement fermes qu'elles peuvent cesser dès qu'il est clair que la négociation n'aura pas d'issue.

Exprimer le souhait d'obtenir des solutions satisfaisantes dans les points désirés ne me gêne nullement. C'est là votre droit le plus légitime.

**M. Cevey:** Rien ne sert d'élaborer un communiqué qui "enfonce des portes ouvertes". Dans nos propositions, un élément va pourtant plus loin. On prend acte des progrès réalisés ce qui me paraît psychologiquement valable d'autant plus que le Conseil fédéral l'a ainsi exprimé. Il est aussi bon de souhaiter que l'opinion publique ne prenne pas des positions définitives avant de connaître le contenu du Traité et la fin des négociations.

Un passage semble fixer le calendrier que l'on peut espérer. On pourrait dire aussi: "La commission rappelle que les pays de l'AELE et de la Communauté se sont donnés pour objectif de terminer la négociation avant l'été. Comme toutes les questions n'ont pas pu être réglées à Luxembourg, la négociation se poursuivra au niveau des chefs-négociateurs ces prochains jours. Un paragraphe du Traité pourrait intervenir à fin juillet. La signature elle étant prévue plus tard. Ainsi, un message relatif à l'approbation du Traité pourrait être présenté aux Chambres à la fin de l'année voire au début de l'année prochaine. Une votation populaire devrait ainsi avoir lieu vers la fin de 1992." On aurait ainsi rappelé ce que le Conseil fédéral a déjà dit et que la presse n'a pas repris globalement dans un communiqué qui, à mon avis, aurait son utilité.

**Präsident:** Hätten Sie etwas dagegen, wenn wir den letzten Punkt dazunehmen würden, dass man wünscht, dass der Bundesrat mit einer Stimme redet?

**Mühlemann:** Die Frage geht an Frau Segmüller, ob sie ein Veto einlegt gegen ein solches Communiqué.

Frau **Segmüller:** Zu einem Communiqué, wie Herr Petitpierre und Herr Cevey zitiert haben, kann ich ja sagen. Es ist ein Communiqué und keine Stellungnahme oder Resolution.

Portmann: Den letzten Abschnitt, wo dem Bundesrat praktisch ein Verweis erteilt wird, möchte ich nicht drin haben.

Präsident: Man erwartet vom Bundesrat etwas mehr Optimismus in dieser ganzen Sache. Das muss irgendwo zum Ausdruck kommen.

Frau Segmüller: Wir sind doch nicht in einer Schulklasse, wo man die Kinder motivieren muss. Solches Schulterklopfen ist mir zu simpel und es schwächt das Communiqué ab.

M. Petitpierre: Si on s'en tient au seul objectif, le Conseil fédéral sachant ce que nous souhaitons de sa part, il n'est pas nécessaire de le lui faire savoir par le biais d'un communiqué s'adressant à l'opinion publique. Je partage l'avis de Mme Segmüller.

Der Präsident stellt fest, dass die anwesenden Kommissionsmitglieder einverstanden sind, dass ein Pressecommuniqué im Sinne der Vorschläge der Herren Petitpierre und Cevey gemacht wird.

Die anwesenden Kommissionsmitglieder teilen die Meinung des Präsidenten, wonach gewünscht wird, dass der Bundesrat, sofern er zu einem negativen Entscheid käme, die Kommission vorher entsprechend orientieren würde.

Zum Traktandum "Verschiedenes" sind keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung um 12.30 Uhr.

## COMMUNIQUE

Die Kommission des Nationalrates für auswärtige Angelegenheiten hat am Freitag, den 21. Juni 1991, in Bern, nach Abschluss der Sommersession, unter dem Vorsitz von M. Bundi (SP/GR) und im Beisein von Bundesrat Felber eine Sitzung abgehalten.

Die Kommission hat sich mit dem Gang der Verhandlungen über den EWR auf der Grundlage der Ausführungen der Bundesräte Delamuraz und Felber vor den beiden Räten auseinandergesetzt. Zudem verfügte die Kommission über zusätzliche Informationen, die sie vom Vorsteher des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten, Felber, erhalten hatte.

Die Kommission hat von den Fortschritten bei diesen Verhandlungen und von der Hoffnung des Bundesrates Kenntnis genommen, dass die Verhandlungen im Laufe dieses Sommers zu einem annehmbaren Vertrag führen werden. Sie gibt ihrem Wunsche Ausdruck, dass unsere Vertreter alles daran setzen, in den noch offenen Fragen die notwendigen Verbesserungen zu erzielen. Die Kommission ist sich bewusst, dass der Bundesrat zu einer Unterzeichnung des Vertrages erst nach Abschluss der Verhandlungen und erst wenn ihm alle Unterlagen vorliegen, Stellung nehmen kann. Gleichzeitig hegt sie den Wunsch, dass auch die öffentliche Meinung die gleiche Sorgfalt walten lässt und dass man sich bemüht, keine endgültigen Stellungnahmen abzugeben, bevor alle Ergebnisse der Anstrengungen unserer Unterhändler bekannt sind.

Die Kommission erinnert auch daran, dass die Länder der EFTA und der EG sich zum Ziel gesetzt haben, die Verhandlungen noch vor diesem Sommer zu einem Abschluss zu bringen. Da nicht alle Fragen in Luxemburg ausgeräumt werden konnten, werden die Verhandlungen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen. Ende Juli wäre dann eine Paraphierung des Vertrages möglich. Die Unterzeichnung soll zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Den beiden Räten könnte eine entsprechende Botschaft zum Vertrag Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres vorgelegt werden. Die Abstimmung durch das Volk würde dann spätestens Ende 1992 stattfinden.

Die Kommission ermuntert den Bundesrat, den eingeschlagenen Weg hin zur Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraumes konsequent weiterzubeschreiten. Die Kommission des Nationalrates für auswärtige Angelegenheiten hat im weiteren, für den Fall, dass der Bundesrat - was die Kommission nicht hofft - die Nichtunterzeichnung des EWR-Vertrages ins Auge fassen sollte, die bestimmte Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass sie vor einer allfälligen entsprechenden Beschlussfassung vom Bundesrat rechtzeitig einbezogen und konsultiert werde.

COMMUNIQUE

La commission des affaires étrangères du Conseil national a siégé à Berne le vendredi 21 juin 1991, après la clôture de la session, sous la présidence de M. Martin Bundi (S/GR) et en présence de M. Felber, conseiller fédéral.

La commission s'est occupée de l'état des négociations concernant le Traité sur l'Espace Economique Européen, à la lumière des exposés présentés dans les deux Chambres par MM. Delamuraz et Felber, conseillers fédéraux, et des renseignements complémentaires qu'elle a reçus du Chef du département fédéral des affaires étrangères.

Elle a pris acte des progrès réalisés dans ces négociations et de l'espoir exprimé par le Conseil fédéral de voir celles-ci aboutir à un traité acceptable dans le courant de l'été. Elle souhaite que nos représentants mettent tout en oeuvre pour obtenir certaines améliorations nécessaires dans les questions encore ouvertes. Elle est consciente que le Conseil fédéral ne pourra se prononcer sur la signature du traité que lorsque les négociations seront terminées et qu'il aura en main toutes les pièces du dossier. Elle se permet de souhaiter que le même souci anime l'opinion publique et que l'on s'efforce de ne pas prendre de positions définitives avant de connaître tous les résultats des efforts de nos négociateurs.

Elle rappelle enfin que les pays de l'AELE et de la CEE se sont donné pour objectif de terminer la négociation avant l'été. Toutes les questions n'ayant pu être réglées à Luxembourg, les négociations se poursuivront ces prochains jours. Un paragraphe du traité à fin juillet serait possible. La signature interviendrait plus tard. Un message relatif à l'approbation du traité pourrait être présenté aux Chambres à la fin de l'année ou au début de l'an prochain. La votation populaire aurait alors lieu au plus tard vers la fin de 1992.

La commission encourage le Conseil fédéral à poursuivre son engagement dans la création d'un Espace Economique Européen (EEE). En outre, la commission a exprimé le souhait, au cas où le Conseil fédéral n'envisagerait pas la signature du Traité sur l'EEE - ce que la commission n'espère pas - qu'elle soit informée et consultée à temps par le Conseil fédéral avant qu'une résolution ne soit publiée.

Berne, le 24 juin 1991

Services du Parlement  
Service de commission II

## Resolution der Aussenpolit. Kommission des Nationalrates zum EWR

---

Die AAK des Nationalrates hielt am Ende der Sommersession in einer ausserordentlichen Sitzung Rückschau auf die Ereignisse dieser Woche in Luxemburg und führte mit Herrn Bundesrat René Felber eine vertiefte Aussprache über den Stand und Verlauf der EWR-Verhandlungen. Sie ist überzeugt, dass die jetzige Phase der Annäherung der Schweiz an Europa von entscheidender Bedeutung ist und eine grosse Herausforderung an alle politisch Handelnden darstellt.

Die AAK macht folgende Feststellungen:

- Sie erinnert daran, dass bei den langwierigen Verhandlungen der EG mit der Efta die Schweiz nur einer von sieben Partnern ist, die zahlreiche Hindernisse und Schwierigkeiten überwinden und auf Forderungen verzichten mussten.
- Sie hofft, dass in den noch zu klärenden Fragen betreffend Mitwirkung bei der Vorbereitung der Rechtserlasse und beim Vetorecht befriedigende Lösungen gefunden werden können.
- Die Kommission erkennt den engen Zusammenhang zwischen den EWR- und den Verhandlungen um den Alpentransit, ist jedoch der Auffassung, dass bezüglich des Schwerverkehrs auf den Strassen, bzw. der Ausnahmen von den 28 t-Limite, des Nacht- und Sonntagsverbots, keine neuen Konzessionen gemacht werden dürfen.
- Die AAK ermuntert den Bundesrat, den eingeschlagenen Weg hin zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) konsequent weiterzubeschreiten.
- Gleichzeitig mit der Paraphierung des EWR-Vertrages sollte der Bundesrat eine Erklärung abgeben, dass er auch zur Unterzeichnung bereit ist, und den Vertrag innert kurzer Frist der Bundesversammlung zur Ratifizierung vorzulegen gedenkt. Da der Vertrag auf Seiten der EG durch das Europäische Parlament zu ratifizieren ist und in den Efta-Staaten durch die nationalen Parlamente, in der Schweiz aber auch von Volk und Ständen angenommen werden muss, ist eine beförderliche Behandlung durch Bundesrat und Parlament zu wünschen.
- Der Bundesrat wird aufgefordert, die Oeffentlichkeit vermehrt über den Inhalt des EWR-Vertrages zu unterrichten und sich in der Europafrage etwas mutiger und optimistischer vernehmen zu lassen.

21.6.1991

Résolution de la Commission des affaires étrangères du  
Conseil national relative à l'Espace économique européen  
(EEE)

---

La Commission des affaires étrangères du Conseil national a tenu à la fin de la session d'été une séance extraordinaire pour passer en revue les événements qui se sont déroulés cette semaine à Luxembourg et elle a eu une discussion approfondie avec M le Conseiller fédéral Felber sur l'état et la poursuite des négociations sur l'EEE. Elle est convaincue que la phase actuelle du rapprochement de la Suisse de l'Europe est d'une importance capitale et qu'elle représente un grand défi lancé à tous les acteurs politiques.

La commission fait les constatations suivantes:

-Elle rappelle que dans les longues négociations entre la CEE et l'AELE, la Suisse n'est que le septième partenaire, que de nombreux obstacles et des difficultés ont dû être surmontés et qu'il a fallu renoncer à des revendications.

-Elle espère que des solutions satisfaisantes pourront être trouvées dans les questions encore en suspens concernant la coopération dans l'élaboration des actes législatifs et le droit de veto.

-La commission reconnaît l'existence d'un lien étroit entre l'EEE et les négociations relatives au transit à travers les Alpes; elle est pourtant de l'avis qu'aucune nouvelle concession ne peut être faite en ce qui concerne le trafic des poids lourds, les exceptions relatives à la limite des 28 tonnes, l'interdiction de circuler la nuit et les jours fériés.

-La commission encourage le Conseil fédéral à poursuivre son engagement dans la création d'un Espace économique européen.

-Le Conseil fédéral devrait, en même temps qu'il paraphe le TEEE, déclarer qu'il est prêt à le signer et qu'il se propose de soumettre à ratification aux Chambres fédérales le traité dans un bref délai. Vu que du côté de la CEE, le traité doit être ratifié par le Parlement européen et dans les Etats membres de l'AELE par les parlements nationaux et en Suisse, par le peuple et les cantons, un traitement rapide de l'affaire par le Conseil fédéral et le Parlement est souhaitable.

-Le Conseil fédéral est invité à informer l'opinion publique de façon plus élargie sur le contenu du TEEE et à adopter à cet égard une attitude plus courageuse et plus positive.

21.6.1991

# Verteiler

Datum: 23. 7. 91	
✓	Sauvant
✓	Robert
✓	Huber
✓	DZ
✓	Komm. NR
✓	Komm. SR MASONI
✓	Frakt. R / V
	Sekr.
✓	Ch. / mz.
✓	Amtl. Bulletin
	Finanzkomm.

